Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M.; die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,30 R.-M., abzüglich 5% Krisenrabatt. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandsendungen für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 291 × Dienstag, 13. Dezember 1932 40. Jahrgang

Amerika verlangt bedingungslose Schuldenzahlung

Die Bedeutung der Rückkehr Deutschlands auf die Abrüstungskonferenz — Bedenken der Länder gegen zu weit gehende Amnestie-Beschlüsse
Abschluß eines Pools in der Nordatlantik-Schiffahrt

Dramatische Entwicklung der Schuldendiskussion

Amerika beantwortet in Rekordzeit die dritte englische Note

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 12. Dezember. (Durch United Preß)

Die Annahme der am 15. Dezember fälligen Rate der englischen Kriegsschulden unter den Bedingungen, wie sie die gestern überreichte dritte englische Note enthält, ist vom Staatssekretär Stimson abgelehnt worden. In dieser englischen Note war erklärt worden, daß der von England zu zahlende Betrag nicht als Wiederaufnahme der jährlichen Schuldenzahlungen im Sinne des amerikanisch-englischen Abkommens betrachtet werden dürfe, sondern als eine Kapitalteilzahlung auf die endgültige Abfindungssumme, über die man sich in den nächsten Monaten einigen will. In seiner Antwortnote gibt Stimson zwar seiner Befriedigung über den Entschluß Englands, am 15. Dezember zu zahlen, Ausdruck, erklärt jedoch, daß der Schatzsekretär nicht ermächtigt sei, „Zahlungen von Ihrer Regierung in andrer Form als im Schuldenfundierungsabkommen vorgesehen anzunehmen".

„Die amerikanische Regierung", so führt die Note fort, „ist nicht imstande, die Bedingungen des Schuldenfundierungsabkommens in irgendwelcher Weise zu ändern. Der zur Tilgung der Dezemberrate überwiesene Betrag muß dem Kapital und den Zinsen auf dem englischen Schuldenkonto gutgeschrieben werden." Im Übrigen wird in Stimsons Note die Hoffnung ausgesprochen, daß die englische Note lediglich eine Darlegung der Londoner Ansichten bezüglich der künftigen Prüfung der Schuldenfrage sei und wohl kaum die Bedingungen festzulegen beabsichtige, unter denen die Dezemberzahlung erfolge.

Die amerikanische Antwortnote ist in Rekordzeit aufgesetzt und übergeben worden. Fünf Stunden nach Empfang der englischen Note war sie bereits in den Händen des englischen Botschafters. Als Stimson die englische Note erhielt — es war am gestrigen Nachmittag —, bat er sofort den Schatzsekretär Mills zu sich und telephonierte dann mit dem Präsidenten. Um 7,45 Uhr abends war die Antwort fertiggestellt und Hoover hatte bereits seine Genehmigung erteilt. Stimson setzte sich dann mit dem englischen Botschafter in Verbindung und ersuchte ihn, in seiner Privatwohnung vorzusprechen und die amerikanische Note in Empfang zu nehmen.

•

„Die Kriegsschuldenbombe ist geplatzt"

Große Ueberraschung in London über Amerikas unerwartete Antwort

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 12. Dezember

„Die Kriegsschuldenbombe ist geplatzt", überschreibt ein Londoner Blatt den Bericht über die diplomatische Entwicklung der letzten 24 Stunden. Die Ueberschrift trifft den Nagel auf den Kopf. Das anglo-amerikanische Scheingefecht mit Formeln ist durch die vergangene Nacht hier eingetroffene Note aus Washington ernst geworden. Erst gestern nachmittag, nach europäischer Zeit, hatte der britische Botschafter in Washington dem Staatssekretär Stimson eine neue englische Note übergeben. Die englische Regierung erklärte darin ihre Absicht, die am 15. Dezember fällige Schuldenrate von 95½ Millionen Dollar in Gold zu zahlen, nachdem die Vereinigten Staaten sich bedauerlicherweise den englischen Argumenten für einen Zahlungsaufschub verschlossen hätten, aber die Note knüpfte an die Zahlung die Bedingung, daß der Betrag bei der bevorstehenden allgemeinen Schuldenrevision als Kapitalteilzahlung auf die endgültige Abfindungssumme angerechnet werden müsse. Die Zahlung würde damit nur als erster Schritt zur Revision geleistet und

dürfte nicht als Anerkennung des Schuldensystems gelten, wie es vor dem Hoover-Moratorium bestand.

Im Gegenteil, die englische Note droht ganz offen mit einem „allgemeinen Zusammenbruch der internationalen staatlichen Schulden, falls nicht bis zum nächsten Zahlungstermin im Juni 1933 eine befriedigende Endregelung der Kriegsschulden zusammenkomme". Das heißt, wie die Begleitmusik der Presse deutlich zeigt, nichts Geringeres, als daß England nach dem 15. Dezember jede weitere Zahlung auf Grund des alten Vertrages rundweg verweigern wird. Die amerikanische Regierung hat nur wenige Stunden gebraucht, um die englische Note

mit der deutlichsten und schroffsten Ablehnung zu behandeln, die vorstellbar ist.

Amerika erklärt, die Zahlung müsse auf Grund des englisch-amerikanischen Abkommens von 1923 geleistet werden, und Amerika könne nicht dulden, daß irgendwelche Bedingungen daran geknüpft würden. Die Regierung sei zwar bereit, über die Schwierigkeiten der Schuldenzahlung baldigst in Verhandlungen einzutreten, aber ob und wann eine Revision möglich sei, könne nur der Kongreß entscheiden. Die englische Zahlung werde daher als normale Wiederaufnahme der Raten nach dem Ablauf des Hoover-Moratoriums betrachtet werden müssen.

Diese unerwartete amerikanische Antwort

traf am Montag 1 Uhr morgens hier ein. Alle erreichbaren Minister wurden sofort telephonisch benachrichtigt und ein Telegramm an den Premierminister Macdonald abgesandt, der heute in Paris eintrifft und sofort nach London weiterreisen dürfte. Unmittelbar nach Macdonalds Eintreffen wird eine Sitzung des Kabinetts einberufen werden, um die neue Lage zu besprechen.

Die amerikanische Note erschwert nicht nur die internationale Situation, sondern auch die Lage der englischen Staatsfinanzen

außerordentlich. Wenn es möglich gewesen wäre, die Zahlung als einmaligen Beitrag zur „Endregelung" der Kriegsschulden zu betrachten, hätte man sie aus dem Tilgungsfonds nehmen können, ohne einen neuen Staatshaushalt einzubringen. Wenn jedoch mindestens theoretisch die Gefahr besteht, daß die Zahlungen weiterhin geleistet werden müssen, so dürfte die Regierung nicht ohne weiteres das Recht haben, die Zahlung ohne etatsmäßige Deckung zu leisten.

Verschärfung der Lage in Spanien

× Paris, 12. Dezember

„Journal" meldet aus Madrid, daß der gestrige Sonntag eine Verschärfung der Lage gebracht habe. In zahlreichen Städten, u. a. in Oviedo, Salamanca und Sevilla, hätten Demonstrationen stattgefunden und seien Bombenanschläge verübt worden. Die Lage sei derart, daß der Allgemeine Arbeiterverband an alle ihm angeschlossenen Arbeiterorganisationen ein Rundschreiben gerichtet habe mit der Aufforderung, die Umtriebe der Syndikalisten und Kommunisten zu bekämpfen, die systematisch die Republik unterhöhlten.

Der Genfer Notsteg

In Genf wurde nun doch noch zur allgemeinen Ueberraschung eine Einigungsformel in der Frage der deutschen Gleichberechtigung gefunden, nachdem am Sonnabend mittag bereits alles endgültig verloren schien. Aber in 24stündigen Verhandlungen und infolge der unermüdlichen Vermittlungsbemühungen des britischen Premierministers Ramsay Macdonald gelang es dann schließlich am Sonntag doch noch, einen Weg zu finden, der sowohl für Deutschland wie auch für Frankreich gangbar war und der den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz wenigstens zunächst verhindert.

Das gestern zustande gekommene Kompromiß, dessen Wortlaut wir an andrer Stelle veröffentlichen, sagt selbstverständlich über den weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz nicht das geringste aus. Er ändert nichts an der Tatsache, daß diese Konferenz ihrem Ziele einer wirklich ehrlichen und umfassenden Abrüstung noch genau so fern ist wie zu Beginn der Beratungen. Er verbessert auch nicht die außerordentlich ungünstige Prognose für das Endergebnis der endlosen Abrüstungsbesprechungen, sondern schafft nur die Voraussetzungen, unter denen überhaupt weitergearbeitet werden kann. Er spritzt der in Agonie liegenden Konferenz ein belebendes Mittel ein, das ihr Herz wieder für einige Zeit kräftigt und den zahlreich versammelten Aerzten eine neue Chance gibt.

•

Mit diesen Einschränkungen kann das gestrige Kompromiß als ein Erfolg für Deutschland angesehen werden. Gerade wer der Politik des jetzigen deutschen Reichsaußenministers in vielen Dingen kritisch gegenübersteht, muß loyalerweise zugeben, daß Herr v. Neurath in Genf eine Politik geführt hat, die fest, klar und elastisch zugleich war. Die letzten Wochen und Monate — darin liegt der Haupterfolg Deutschlands — haben gezeigt, daß ohne Deutschland eine Fortführung der Abrüstungsarbeiten nicht möglich ist. Der „deutsche Streik", wie der „Daily Herald" heute die Nichtteilnahme Deutschlands an der Konferenz in den letzten fünf Monaten nennt, hat dazu geführt, daß, wenn auch in verklausulierter Form, der deutsche Gleichberechtigungsanspruch grundsätzlich anerkannt wurde. Neuraths Taktik hat sich also bisher als richtig erwiesen, denn ohne daß wir die Konferenz verlassen hätten, wären wir kaum zu dem heutigen Ergebnis gekommen.

Die deutsche Taktik ist aber elastisch genug gewesen, um diese starke und energische Politik nicht zu einer Brüskierung der übrigen Mächte zu treiben. Im Gegenteil: Deutschlands außenpolitische Position ist heute sicherlich besser als damals, als wir die Konferenz verließen. Der vorläufigen innenpolitischen Entspannung, die der Abschluß der kurzen Reichstagstagung brachte, folgte eine allerdings ebenfalls nur vorläufige Entspannung der außenpolitischen Atmosphäre. Die Betrachtungen der ausländischen Presse zeigen, daß dadurch auch die außenpolitische Stellung des jetzigen Reichskabinetts sich verstärkt hat. Die Bedeutung dieser Tatsache wird jeder erkennen, der in der letzten Zeit ausländische Zeitungen las und infolgedessen weiß, was in verschiedenen ausländischen Kreisen auf Grund häufig außerordentlich mangelhafter und teilweise sogar böswilliger Korrespondentenberichte über die Entwicklung in Deutschland gesagt wurde.

•

Die Genfer Einigungsformel gesteht Deutschland grundsätzlich die Gleichberechtigung zu, allerdings — dies bedeutet den Kaufpreis für Frankreich — „in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet". Die Bedeutung dieser grundsätzlichen Anerkennung liegt darin, daß hier Frankreich, das bisher sich gegen diese Anerkennung auf das heftigste gesträubt hatte, einen Schritt zurückgewichen ist. Darüber hinaus allerdings besagt diese Anerkennung der grundsätzlichen Gleichberechtigung noch nicht allzuviel. Darauf haben wir an dieser Stelle in den letzten Wochen immer wieder hingewiesen. Was in der Genfer Kompromißformel über die praktische Verwirklichung dieser Gleichberechtigung gesagt wird, ist auch tatsächlich außerordentlich allgemein gehalten. Selbst das Wort „Verwirklichung" fehlt, und es wird nur erklärt, daß der Gleichberechtigungsgrundsatz in dem Schlußabkommen „verkörpert" und daß die näheren Modalitäten im weiteren Verlauf der Konferenz „erörtert" werden sollen. Gegen das Wort „Verwirklichung" hatte Frankreich sein Veto eingelegt, und hier zeigen sich die Grenzen des deutschen Erfolges. Die Worte „verkörpern" und „erörtern" sind sehr unverbindliche Ausdrücke. Es wird also sicher noch außerordentlich schwerer und harter Auseinandersetzungen bedürfen, um die grundsätzliche in eine praktische Gleichberechtigung zu verwandeln, und es könnte leicht möglich sein, daß Deutschland im Laufe dieser Verhandlungen noch einmal gezwungen ist, die Abrüstungskonferenz zu verlassen. Allerdings wird in Punkt 4 des Genfer Kompromisses dann — und das ist wieder ein deutscher Erfolg — festgesetzt, daß „unverzüglich" ein vorläufiges Abrüstungsabkommen, das für alle Staaten Gültigkeit haben soll, ausgearbeitet wird. Dieser Beschluß setzt wenigstens den Sabotageversuchen, durch die die Konferenz auf unabsehbare Zeit verlängert werden soll, ein Ziel.

•

Alles in allem wird der Kompromißcharakter der Genfer Vereinbarung immer klarer, je länger man sich mit ihr beschäftigt. Hoffentlich wird in den nächsten Tagen nicht von allzu beredten und gefälligen Freunden des neuen Kabinetts der Genfer Erfolg allzusehr übertrieben. Zu solcher Uebertreibung des Erfolges liegt kein Anlaß vor, ebensowenig allerdings zu einer böswilligen systematischen Verkleinerung. Aus parteipolitischen Gründen wird sicher auch das Genfer Ergebnis von den Gegnern Schleichers zum Kampf gegen das Kabinett benutzt werden. Die Chauvinisten Deutschlands und Frankreichs werden dabei wieder einmal Schulter an Schulter kämpfen. In Frankreich sieht das Kabinett heute nachmittag in der Schuldendebatte der französischen Kammer einem schweren Ansturm der nationalistischen Front entgegen. Einige französische Reichsblätter steigern sich in eine beinahe belustigend wirkende Hysterie hinein. Sie bezeichnen das Genfer Abkommen als eine „Kapitulation Frankreichs", und der „Figaro" faselt sogar von dem „Beginn einer neuen Knechtschaft für das französische Volk". Es gibt eben in Deutschland wie in Frankreich Kreise, die unter keinen Umständen einen Ausgleich zwischen den beiden Völkern möglich machen wollen.

Nun hat die Genfer Kompromißformel allerdings mit einem solchen deutsch-französischen Ausgleich auch nicht das geringste zu tun. Und sie ist ganz sicher nicht, wie die „Times" heute morgen erklären, „eine solide Brücke über den Abgrund, der die beiden Völker trennt". Aber sie ist wenigstens eine Art Notsteg, der, wenn in Paris wie in Berlin Klarheit, Konsequenz und Einsicht die Außenpolitik bestimmen, eines Tages zu einer solchen soliden Brücke werden kann.

Th. Seh.

•

„Manchester Guardian" über Schleicher

× London, 12. Dezember. (Durch Funkspruch)

Unter der Ueberschrift „Schleicher in Aktion" schreibt „Manchester Guardian": General v. Schleicher beginnt seine Amtszeit mit einem wahren Erfolg. Der General ist ein gewiegter Taktiker, der sowohl weiß, wann er handeln und wann er zur Seite treten muß. Der Erfolg an der Spitze eines „bloß rekonstruierten" Papen-Kabinetts ist nach Ansicht des Blattes in gewissem Maße der Verschiedenheit der Persönlichkeit und Art zuzuschreiben. Schleicher scheine einzusehen, daß das Volk hauptsächlich Arbeit und Ruhe wünsche. Das Blatt meint, daß der Reichskanzler auch auf dem auswärtigen Gebiete vorsichtig sein werde und schließt: Deutschland wird in seiner Forderung nach Gleichberechtigung nicht nachlassen, ob es von Schleicher oder einem andern regiert wird.

•

Was man in England sagt

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 12. Dezember

Mit außerordentlicher Befriedigung verzeichnet die englische Presse die gestern in Genf erfolgte Einigung der fünf Mächte über die deutsche Gleichberechtigung. Macdonald erhält von allen Seiten Gratulationen über seine Geduld und erfolgreiche Vermittlungsarbeit. Doch auch die deutsche Regierung wird in allen politischen Lagern zu ihrer Bereitwilligkeit beglückwünscht, auf Grund der neuen Form zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren. Die „Times" erklären, die Reichs-